Die Juristen aus dem Bezirk werden an der Lösung der Aufgaben der Fakultät mitarbeiten, an Vorlesungen, Seminaren und Foren teilnehmen und helfen, den Lehrstoff durch die Erfahrungen der Praxis zu bereichern. Besonders geeignete Materialien, wie wissenschaftliche Analysen, Berichte über die Entwicklung der Kriminalität und die Rechtsprechung, werden der Fakultät zur Auswertung übergeben. Die Wissenschaftler werden zur Ausarbeitung von Analysen hinzugezogen sowie an Richter- und Dienstbesprechungen der Rechtspflegeorgane im Bezirk und an Inspektionseinsätzen teilnehmen. Der Dekan der Fakultät wird zu den Plenartagungen des Bezirksgerichts eingeladen.

Zur Förderung eines praxisverbundenen Studiums werden Studenten während der Zeit ihrer Praktika beim Gericht und bei der Staatsanwaltschaft mit Aufgaben betraut, die sich aus der Forschungsarbeit der Fakultät und den besonderen Problemen der Praxis am Einsatzort ergeben. Soweit sich die Ergebnisse dieser Arbeiten dazu eignen, werden die Untersuchungen in Diplomarbeiten für das Staatsexamen mit der Zielsetzung weitergeführt, zur Lösung der praktischen Probleme im Bezirk und zur Förderung der Forschungsarbeit der Fakultät beizutragen.

Entsprechend diesem Vorhaben sind bereits zwei dreitägige Kurzlehrgänge im September dieses Jahres in Jena durchgeführt worden. Daran nahmen 150 Richter und Staatsanwälte aus den Bezirken Gera und Suhl sowie Mitarbeiter der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei aus den drei Bezirken Thüringens teil. Diese Kurzlehrgänge trugen den Charakter einer Arbeitstagung. Sie dienten der gegenseitigen Information über Probleme der Wissenschaft und Praxis.

Das vielseitige Programm enthielt Vorträge, Seminare und Klubgespräche, in denen folgende Themen behandelt wurden: Die schöpferische Rolle des sozialistischen Rechts bei der Entwicklung der Produktivkräfte; die gesellschaftliche Einwirkung auf wieder straffällig gewordene Täter (Erfahrungen aus Untersuchungen in Jena); Rechtsschutz der Erfindungen; Ursachen und Bedingungen der Kriminalität in der DDR — dargestellt am Beispiel der Aufsichts- und Erziehungspflichtverletzungen; die Bedeutung der Erforschung der objektiven Wahrheit für eine hohe Qualität der Untersuchungsarbeit; die Geltendmachung der materiellen Verantwortlichkeit im Anschlußverfahren; Probleme des Eherechts; die Rolle der Gesetzlichkeit im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volks-

wirtschaft; Fragen der gerichtsmedizinischen Untersuchung; Probleme der forensischen Psychiatrie.

Bei der Auswertung des Lehrgangs wurde die Frage, ob die Fülle des gebotenen Stoffes und die Vielseitigkeit der Themen als belastend empfunden wurde, von der Mehrzahl der Teilnehmer der beiden Kurzlehrgänge verneint. Sie waren der Meinung, daß eine vielseitige Information über den Stand der rechtswissenschaftlichen Forschung und die zusammenfassende Darstellung der aktuellen Problematik sie am besten unterrichtete und damit ihre Qualifizierung fördere.

Es wurde jedoch vorgeschlagen, einen solchen Lehrgang auf sechs Tage zu verlängern, um eine breite und gründliche Aussprache insbesondere über die Probleme der Entwicklung des sozialistischen Staates und seines Rechts führen zu können; die Ergebnisse der seminari-stischen Arbeit sollten dann zusammengefaßt und mit allen Lehrgangsteilnehmern ausgewertet werden.

Prof. Dr. P o s c h wies darauf hin, daß sich die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität infolge der neuen Profilierung der Fakultäten auf die Ausbildung von Wirtschaftsjuristen spezialisieren werde; daraus ergebe sich zwangsläufig eine neue Orientierung der wissenschaftlichen Arbeit der Fakultät. Dessenungeachtet werde die mit diesem Lehrgang begonnene enge Zusammenarbeit der Wissenschaft mit der Praxis auf der neuen Grundlage fortgesetzt. Es komme darauf an, aus der praktischen und theoretischen Arbeit gegenseitig zu lernen und die sich daraus ergebenden wissenschaftlichen Erkenntnisse zu ermitteln.

Bei künftigen Lehrgängen werden die staatsrechtlichen und ökonomischen Fragen mehr im Vordergrund stehen, um die Rechtspflegeorgane noch besser zu befähigen, die Ursachen und begünstigenden Bedingungen von Straftaten -im erforschen und ihre Beseitigung zielstrebig zu organisieren.

Diese Arbeitstagung zeigte, daß die enge Verbindung zwischen Wissenschaft und Praxis notwendig ist, um zu wissenschaftlichen Arbeitsergebnissen sowohl in der praktischen Tätigkeit der Rechtspflegeorgane als auch in der Forschung zu gelangen.

*HEINZ KLITZSCH, Staatsanwalt des Bezirks Gera
RICHARD SEIDEL, wiss. Mitarbeiter
an der Rechts wissenschaftlichen Fakultät
der Friedrich-Schiller-Universität Jena*

dtackt und Justiz iu dar tßuudasrapubUk

Dr. HEINZ PÜSCHEL, wiss. Mitarbeiter im Ministerium der Justiz

Charakter und Hintergründe der „Reform der Zivilgerichtsbarkeit“

Der Widerspruch zwischen der westdeutschen Justiz und der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands spiegelt sich sehr deutlich auch in den beabsichtigten Gesetzgebungsmaßnahmen auf dem außerordentlich umfangreichen und vielseitigen Gebiet der Ziviljustiz wider, zumal die Zivilgerichtsbarkeit meist, zum Prototyp der rechtsprechenden Gewalt erklärt wird¹. In dieser Zeitschrift ist bereits dargelegt worden, in welchem Zusammenhang diese „Reform der Zivilgerichtsbarkeit“ zur Notstandsgesetzgebung und zur verschärften Unterdrückung der Grundrechte der

Bürger in Westdeutschland steht² *. Mit den nachfolgenden Untersuchungen soll auf diesen Zusammenhang noch näher eingegangen werden.

Die Ära des „Richterrechts“

Die Lage ist auch auf dem Gebiet des westdeutschen Zivilrechts und seiner Anwendung in der Praxis zunächst dadurch gekennzeichnet, daß — wie ganz offiziell zugegeben wird — „das Gesetz ... seine Funktion als eigentliche Leitlinie für das richterliche Urteil in den Augen der Öffentlichkeit verloren“ hat³, daß „eine

¹ Bericht der Kommission zur Vorbereitung einer Reform der Zivilgerichtsbarkeit, herausgegeben vom Bundesjustizministerium, Bonn 1961 (im folgenden „Bericht“ zitiert), S. 16.

² Vgl. Haney, „Die Krise der Justiz und die Zivilprozeßreform“, NJ 1963 S. 217 ff.

³ Bockemann, „Richter und Gesetz“, in: Festschrift für Rudolf Smend, Göttingen 1952, S. 23.